



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

11. Ratssitzung vom 19. August 2026

470. 2026/54

Postulat von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 28.01.2026:

Sicherstellung von unentgeltlichem Parkieren im Rahmen einer definierten Kurzparkregelung, der Begleichung der Parkgebühr mit allen gängigen Zahlungsmitteln und einer Umtriebsentschädigung in gleicher Höhe wie eine Ordnungsbusse

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Sebastian Vogel (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5781/2026):
Mit diesem Postulat wollen wir den Einkauf im eigenen Quartier erleichtern und damit das lokale Gewerbe stärken. Wir sprechen alle von lebendigen Quartieren, kurzen Wegen und davon, dass wir das Gewerbe in den Quartieren erhalten wollen. Am Ende braucht der Gewerbebetrieb aber vor allem eines: Kundinnen und Kunden und damit Umsatz. Dabei geht es nicht nur um Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers. Viele Menschen fahren auf ihrem täglichen Weg am Quartier vorbei. Sie würden gern kurz anhalten, einen Einkauf erledigen und anschliessend weiterfahren. Gerade für das lokale Gewerbe sind diese Kundinnen und Kunden wichtig. Eine Bäckerei, eine Metzgerei, ein Fachgeschäft oder ein anderes lokales kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) ist darauf angewiesen, dass Menschen unkompliziert anhalten und einkaufen können. Wenn jemand zuerst einen Parkplatz suchen, eine Parkgebühr lösen und für einen kurzen Einkauf unverhältnismässig viel Aufwand betreiben muss, fährt er im Zweifel weiter. Dieser Umsatz geht dem lokalen Gewerbe verloren. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass nicht alle Menschen ihren Einkauf mit dem Velo oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erledigen können. Es gibt ältere Menschen, Familien mit kleinen Kindern und Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die auf das Auto angewiesen sind. Es gibt ganz einfach auch grössere und schwerere Einkäufe, für die das Auto eine praktische Lösung ist. Genau deshalb haben wir in den Quartieren Parkhäuser. Diese sollen nicht nur Autos unterbringen, sondern sind auch Teil der Infrastruktur. Wir finden, dass ein kurzer Einkauf von 15 bis 20 Minuten nicht daran scheitern sollte, dass man zuerst eine Parkgebühr bezahlen muss. Mit einer klar definierten, maximal 30-minütigen kostenlosen Kurzparkregelung könnte die Stadt mit relativ wenig Aufwand einen konkreten Beitrag für das lokale Gewerbe leisten. Es geht uns ausdrücklich nicht darum, das Auto attraktiver zu machen und zusätzlichen Autoverkehr zu erzeugen. Im Gegenteil ist es sinnvoll, wenn



jemand auf seinem Weg kurz im Quartier anhält, dort einkauft und weiterfährt. Wir ermöglichen damit kurze Wege und lokale Wertschöpfung. Das zweite Anliegen betrifft die Benutzerfreundlichkeit: Wenn wir schon Parkhäuser betreiben, sollten diese selbstverständlich so eingerichtet sein, dass die Parkgebühr einfach bezahlt werden kann – mit Münzen, Noten, Karten, Twint oder über Parking-Apps. Gerade wenn die Stadt von Menschen erwartet, dass sie ihre Gebühren korrekt bezahlen, muss die Infrastruktur benutzerfreundlich sein. Schliesslich geht es auch um Umtriebsentschädigungen. Wir finden es nicht verhältnismässig, wenn bei einer vergleichbaren Übertretung in einem städtischen Parkhaus eine deutlich höhere Belastung als bei einer Ordnungsbusse auf öffentlichem Grund anfällt. Das Postulat ist deshalb kein Plädoyer gegen die Verkehrspolitik der Stadt, sondern für eine pragmatische Lösung. Wir möchten lebendige Quartiere, lokale Arbeitsplätze und Gewerbebetriebe erhalten. Wir möchten kurze Wege. Und wir möchten, dass jene, die auf das Auto angewiesen sind, diese Quartiere ebenfalls gut erreichen können. Vor allem möchten wir, dass die Menschen ihr Geld im Quartier ausgeben und nicht daran vorbeifahren müssen. Am Ende profitieren davon nicht nur Autofahrerinnen und Autofahrer, sondern wir alle. Wenn das Gewerbe im Quartier bleibt, haben wir attraktive Quartiere, kurze Wege und eine gute lokale Versorgung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Ich habe in meiner Zeit als Stadtrat immer wieder versucht, etwas für das Gewerbe zu tun. Viele der vorgetragenen Punkte über die Bedeutung des Gewerbes kann ich unterstreichen. Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) macht in der Gewerbe-strategie zum Beispiel klar, dass die eigenen Räume an umsatz- oder wertschöpfungsschwaches Gewerbe vermietet werden. In meiner Zeit als Vorsteher des Sicherheitsdepartements habe ich dafür gesorgt, dass die gelben Parkplätze inventarisiert werden, damit man weiss, wie viele es gibt und damit sie nicht abgebaut werden. Wieso lehnen wir dieses Postulat trotzdem ab? Wenn von kurzen Wegen die Rede ist, ist das fast schon herzig. Diese Art von kurzen Wegen passen nicht zu einem städtischen Parkhaus. Das gilt allenfalls für die wenigen Läden, die im unmittelbaren Umfeld sind. Der Stadtrat lehnt das Postulat aber vor allem ab, weil er Gratisparkieren nicht mehr angebracht und zeitgemäss findet. Wenn ich mit Gewerblern, die noch produzieren, spreche, ist das nicht ihr Hauptproblem. Dass Liegenschaften verkauft werden und die neuen Besitzer einen maximalen Preis draufschiessen, treibt sehr viele Gewerbler aus der Stadt.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Wenn ich kurze Wege höre, denke ich an meine Füsse oder mein E-Bike und vielleicht noch an meinen Veloanhänger oder ans Cargo-Bike meines Nachbarn. Aber ich denke definitiv nicht ans Auto, das an einer Schranke vorbei in ein Parkhaus fährt, abgestellt wird und aus dem man dann aussteigt, allenfalls durch ein Treppenhaus geht und so weiter. Uns ist nicht klar, was genau hier die pragmatische Lösung für welches Problem sein soll und weshalb man auf ein Parkhaus ausserhalb des Kreis 1 zielt. Nennen wir es einfach ein Wahlkampf-Partikularinteresse. Es ist auch so, dass die Parkgebühren der Parkhäuser von diesem Parlament nicht willkürlich festgelegt



wurden. Es gab eine Volksabstimmung, in der eine klare Mehrheit von 54 Prozent der Motion von Gian von Planta (GLP) folgte und die Tarife der Parkhäuser so festsetzte, wie sie heute sind. Will man das ändern, kann man eine Motion einreichen und vors Volk gehen. Aber fordern Sie den Stadtrat nicht mit einem Postulat auf, etwas zu deichseln.

Fabian Stieger (Grüne): Was die FDP in ihrem Postulat vergisst, sind die Menschen, die in den Quartieren mit den Parkhäusern leben. Wenn wir das Postulat annehmen, motiviert es die Autofahrer*innen, eine kleine Einkaufstour von Parkhaus zu Parkhaus durch unsere Quartiere zu machen. Dieser Durchfahrtsverkehr ist zulasten der Bevölkerung, die dort wohnt. Die FDP meint, dass die Stadtbevölkerung durch die 30 Gratisminuten weniger in die Nachbargemeinden einkaufen gehe. Wenn man bedenkt, dass mehr als die Hälfte der Stadtbevölkerung inzwischen kein Auto mehr hat, sehen wir in den 30 Minuten Gratisparkieren eher eine Motivation für die Leute aus den Nachbargemeinden, um in die Stadt Zürich zu fahren. Die FDP schreibt in ihrem Postulat von einer Stadt der kurzen Wege. Wenn ich mich richtig erinnere, ist dieses Konzept für kurze Wege zu Fuss oder mit dem Velo gedacht. Ich nehme jetzt mal an, dass sie die kurzen Wege von den Parkhäusern zu den Geschäften meint. Die Stadt der kurzen Wege startet an der Haustür und nicht der Autotür. Es ist klar, was die Grünen zu diesem Postulat sagen: Nein.

Karin Stepinski (Die Mitte): Die Die Mitte findet dieses Postulat nicht so schlecht und unterstützt es. Es handelt sich um einen Prüfauftrag. Ich bin 56 Jahre alt und hatte bis vor Kurzem einen betagten Papi und ein betagtes Mami. Ja, die kurzen Wege sind für das Velo, Lastenvelo oder die Fortbewegung zu Fuss gedacht. Aber es gibt schon Momente, in denen man in die Innenstadt muss und es weder zu Fuss noch mit dem öffentlichen Verkehr oder mit dem Lastenvelo geht. Ich besitze eine Harfe. Diese muss jedes Jahr in den Service und ich kann sie weder mit dem Lastenvelo durch die Stadt fahren, noch kann ich sie tragen. Es stimmt, es haben nicht mehr so viele Leute ein Auto in der Stadt Zürich. Wir hatten 30 Jahre lang keines, waren aber Mobility-Nutzende und mussten tatsächlich auch einmal mit dem Auto in die Stadt. Ich kann noch erwähnen, dass mein Vater dement war. Mit ihm hätte man nicht mehr in ein Tram oder Bus steigen wollen. Was er jeweils erzählte, hätte man sich nicht antun wollen. Wir haben auch in dieser Stadt eine alternde Bevölkerung. Deshalb finde ich die Idee mit den 30 Minuten Gratisparkzeit nicht so abwegig. Was tatsächlich interessant ist, sind die Differenzen bei den Bussen. Das finde ich stossend. Gleichbehandlung muss sein. Dasselbe gilt für die Benutzerfreundlichkeit. Im Ausland kann man bald jeden Parkplatz – egal wo – mit verschiedenen Apps bezahlen. Das müsste für die Stadt Zürich auch möglich sein.

Sofia Karakostas (SP): Die FDP fordert mit diesem Postulat unter anderem 30 Minuten Gratisparkieren in städtischen Parkhäusern ausserhalb des Kreis 1. Für die SP ist klar, dass diese Forderung völlig falsche verkehrspolitische Anreize setzt. Es gibt keinen sachlichen Grund, das Parkieren in der Stadt Zürich zu verbilligen. Die im Postulat genannten Beispiele Vorderberg und Feldegg liegen ausgerechnet in den Kreisen 7 und 8 – auch das wirft Fragen zur Prioritätensetzung auf. Verkehrspolitisch ist diese Forderung ein Rückschritt. Parkgebühren sind eine anerkannte Massnahme – gestützt von Kanton, Gemeinde und Gericht –, um beim Einkaufsverkehr eine lenkende Wirkung zu erzielen.



Damit diese Lenkungswirkung funktioniert und weniger kurze Wege mit dem Auto zurückgelegt werden, ist eine Gebühr ab der ersten Minute zentral. Kantonale Fachstellen verlangen bei Umweltverträglichkeitsprüfungen explizit hohe Eintrittsgebühren und degressive Preisstrukturen. Das Postulat der FDP bewirkt das pure Gegenteil. Ein Gratis-Kurztarif sorgt für maximale Parkplatzwechsel sowie Fahrtenzahlen und damit für eine maximale Umweltbelastung. Das steht in diametralem Widerspruch zu unseren städtischen Klimazielen. Die FDP argumentiert mit dem lokalen Gewerbe. Wir sollten aber auf keinen Fall die Mär unterstützen, dass ein Parkplatzabbau dem Gewerbe schadet oder die Menschen weniger einkaufsfreudig macht. Es gibt zahlreiche Studien, die diesen Mythos widerlegt haben. Auch das Argument, man müsse Personen helfen, die aufs Auto angewiesen sind, greift zu kurz. Ich habe mich im Quartier – also beim Vorderberg – und bei Menschen mit Mobilitätseinschränkungen umgehört. Das Resultat: Diese Personen sind absolut bereit, für kurze Zeit die Parkgebühr im Parkhaus zu bezahlen. Sie befürchten sogar, dass bei einem Gratisregime die Parkplätze dauerbelegt wären und sie gar keinen Platz mehr finden würden, wenn sie ihn dringend brauchen. Es stimmt, dass die Umstellung der Zahlungsmittel, die sich vor allem beim Parkhaus Vorderberg entzündete, am Anfang für Unmut sorgte. In der Zwischenzeit wurde das System jedoch angepasst. Man kann jetzt auch mit Twint bezahlen und die Leute haben sich daran gewöhnt. Rückfragen bei den umliegenden Geschäften wie dem Coiffeur, dem Bäcker und der Apotheke in Fluntern ergaben, dass es keine Probleme mehr gebe – zumal es in den nahe gelegenen Blauen Zonen meistens ausreichend Parkplätze hat. Bleibt der dritte Punkt, die Umtriebsentschädigung der privaten Firma Zipsec in der Höhe von 60 Franken. Dies machte auch uns stutzig. Es stellt sich die berechnete Frage, ob diese Gebühr den tatsächlichen Kosten entspricht oder ob auf dem Buckel eines städtischen Parkhauses private Gewinne erzielt werden. Dieser Frage sollte man für die gesamte Stadt auf den Grund gehen. Wir sind aber der Meinung, dass das Postulat das falsche Gefäss dafür ist.

Attila Kipfer (SVP): In diesem Vorstoss geht es darum, dass in städtisch geführten Parkhäusern 30 Minuten Gratisparkieren möglich wäre. Es geht aber auch darum, die Parkgebühr mit allen möglichen Zahlungsmitteln bezahlen zu können und dass die Bussen nicht mehr als 40 Franken betragen sollen. Die SVP-Fraktion steht dem Vorstoss sehr positiv gegenüber. Auch wir sehen darin eine gute Massnahme, um das Gewerbe, das Quartier und die Autofahrer zu unterstützen.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Dieser Vorstoss kommt tatsächlich aus dem Quartier. Es war keine Idee der FDP. Sie kommt von den Geschäften am Vorderberg. Sofia Karakostas (SP) sollte mit Herrn Häfliger sprechen. Die Gewerbetreibenden am Vorderberg unterstützen die Forderung. Es handelt sich um einen Vorstoss, der es dem lokalen Gewerbe, das es in dieser Stadt schwierig hat, etwas leichter machen soll. Ich bin mir bewusst, dass es Vorstösse aus dem Fluntern-Quartier oder vom Zürichberg in diesem Parlament schwer haben. Beim Kreis 7 + 8 handelt es sich um einen vernünftigen Wahlkreis, der bürgerlich wählt. Die FDP ist dort die stärkste Partei. Der Wahlkreis lehnte Artikel 49b des Bau- und Planungsgesetzes (PBG) ab. In diesem Wahlkreis haben die Leute noch Autos. Dass die linke Ratshälfte in einem kolonialen Machtrausch den Kreis 7 + 8 unter-



5 / 5

drücken will, erstaunt uns nicht. Es hätte sich um ein schönes Zeichen an einen Kreis gehandelt, wo der öffentliche Verkehr nicht überall gut ausgebaut ist, wo es Leute gibt, die beeinträchtigt und auf das Auto angewiesen sind. Ihnen würde es das Leben einfacher machen, wenn sie auf dem Heimweg kurz anhalten und einkaufen könnten. Dabei handelt es sich nicht um den grossen Klassenkampf oder eine Absage an Netto-Null 2040.

Das Postulat wird mit 41 gegen 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat